

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Gugler

Khans UN-Rede

Am 27. September sprach Imran Khan vor der 74. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York City. Er prophezeite in martialischen Tönen ein Blutbad in Kaschmir, nannte Modi einen Rassisten und Faschisten, zog zahlreiche Analogien zu Deutschland unter Adolf Hitler und bekräftigte nach dem emphatischen Rezitieren des islamischen Glaubensbekenntnisses seine Entscheidung, notfalls unter Einsatz des Nukleararsenals bis zum Tod für Kaschmir zu kämpfen.

Am selben Tag inserierte die *International Humanitarian Foundation* (IHF) in Houston ganzseitig in der *New York Times*. Bei der IHF handelt es sich, Recherchen des Wochenmagazins *India Today* zufolge, um eine Propaganda-Agentur des pakistanischen Militärs, die bislang nicht durch humanitäre Arbeit aufgefallen und erst einen Monat vor dem Besuch des indischen Premierministers Narendra Modi in den USA in Houston registriert worden sei. Viele Journalisten sind gegen Desinformation durch Geheimdienste nicht gut gerüstet. Auch auf Facebook versagt der Faktencheck bei Falschnachrichten, die angeblich aus Kaschmir stammen. Pakistans muslimische Partnerländer äußerten sich jedoch bislang eher zurückhaltend, mit Ausnahme des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan.

Neben Pakistan erwähnten nur China, Malaysia und die Türkei Kaschmir während der UN-Generalversammlung. Pakistans territorialer Anspruch auf den indischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir entbehrt jeglicher Grundlage. Die letzte größere Studie von 2011 ergab, dass etwa ein Prozent der Kaschmiris im indisch verwalteten Teil der Region einen Anschluss an Pakistan befürworten. Pakistans aggressives Agieren verschleiert auf verblüffend effektive Weise, dass die Islamische Republik in dem von ihr verwalteten Teil Kaschmirs de facto wie Indien agiert. Demonstrationen etwa für Autonomie sind dort seit Jahren strengstens verboten.

Während einer Ansprache am Flughafen kurz nach seiner Landung in Islamabad am 29. September unterstrich Imran Khan seinen Anspruch: „Egal ob die Welt den Kaschmiris beisteht, wir werden ihnen beistehen! Das ist Jihad! Wir machen das, damit Allah mit uns zufrieden ist.“

Terrorfinanzierung und Graue Liste

Seit dem 29. Juni 2018 befindet sich Pakistan auf der Grauen Liste der *Financial Action Task Force* (FATF), einer internationalen Einrichtung zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorfinanzierung. Vom 13. bis 16. Oktober fand in Paris ein weiteres Treffen der FATF statt. Trotz Fortschritten in fünf von 27 Empfehlungen hat Pakistans Bericht die Repräsentanten aus 205 Ländern nicht überzeugt, sodass das Land bis Februar 2020 auf der Grauen Liste verbleibt. Die Regierung versteht dies als Erfolg, da das Land nicht weiter auf die Schwarze Liste abgestuft wurde. Auf der Schwarzen Liste der FATF befinden sich gegenwärtig lediglich Iran und Nordkorea. Um eine Listung auf der Schwarzen Liste zu vermeiden, benötigt ein Land die Unterstützung von drei weiteren Ländern. Im Falle Pakistans votierten China, die Türkei und Malaysia gegen die Schwarzlistung. Sri Lanka, Äthiopien und Tunesien wurden während dieses Treffens von der Grauen Liste entfernt, da sie entsprechende Auflagen erfolgreich umgesetzt haben.

Wirtschaft in Kurzform

Pakistan befindet sich in einer wirtschaftlich angespannten Lage, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sank 2019 auf 3,3 Prozent und wird wohl 2020 auf 2,4 Prozent weiter absinken. Die Inflationsrate wird für 2020 auf 13 Prozent geschätzt.

Royale Besuche

Mitte Oktober absolvierte Prinz William, Herzog von Cambridge, mit seiner Ehefrau Catherine einen fünftägigen Besuch in Pakistan. Der letzte königliche Besuch aus dem Vereinigten

Königreich in Pakistan war die Reise von Prinz Charles und Camilla im Jahr 2006. Das royale Paar wurde vom Außenminister empfangen und traf tags darauf Präsident Alvi und Premierminister Imran Khan. William und Kate engagierten sich für mentale Gesundheit, Anstrengungen gegen den Klimawandel und Armutsbekämpfung. Sie besuchten unter anderem eine Mädchenschule in Islamabad.

Ende November besuchte auch Königin Maxima aus den Niederlanden Pakistan für drei Tage. Als Sonderbotschafterin der Vereinten Nationen für Finanzentwicklungshilfe sprach die Ökonomin mit ranghohen pakistanischen Politikern über die Bedeutung finanzieller Inklusion. In ihrer Anwesenheit startete Pakistans Landesbank die *Micro Payment Gateway*-Initiative zur Minimierung der Transaktionskosten digitaler Überweisungen kleinerer Beträge.

Zugunglück

Am 31. Oktober verursachte ein explodierender Gaskocher von Reisenden, die gerade ihr Frühstück zubereiteten, ein Zugunglück mit 73 Todesopfern und 40 Verletzten im Distrikt Rahim Yar Khan. Drei Abteile fingen Feuer. Der Zug fuhr von Karatschi nach Rawalpindi und transportierte zahlreiche Tablighi-Pilger auf ihrem Weg nach Raiwind.

Protestlager nach Freiheitsmarsch

Pakistans anhaltende Wirtschaftskrise bringt Premier Imran Khan zunehmend in eine Legitimationskrise. Khan hat die junge Generation politisiert und sich dann zunehmend auf die Seite der Armee gestellt. Der Optimismus des Populisten ist verflogen. Analysten sprechen bereits von einem Hybridregime. Kritiker nennen Khan eine lahme Ente, gefesselt in der Zwangsjacke des IWF. Der IWF fordert eine merkliche Erhöhung der Steuerquote, pakistanische Händler sehen nun ihren Gewinn gefährdet. Die Arbeiterklasse, die für religiöse Argumente am zugänglichsten ist, fürchtet ohnehin, in die Verarmung abzugleiten.

In diese Kerbe schlägt nun die islamistische Oppositionspartei JUI-F (*Jamiat Ulema-e Islam (F)*, Vereinigung islamischer Gelehrter). Angeführt von dem konservativen Kleriker

Maulana Fazlur Rehman errichteten etwa Hunderttausend Demonstranten nach einem 2000 Kilometer langen Freiheitsmarsch ab dem 27. Oktober ein Protestlager in Islamabad und forderten Khans Rücktritt sowie Neuwahlen. Moralische Unterstützung erhielt Rehman sowohl von den anderen Oppositionsparteien PPP (*Pakistan Peoples Party*) und PML-N (*Pakistan Muslim League (N)*) als auch den frommen Tablighi-Predigern. Am 13. November wurde der Freiheitsmarsch in einen Blockadestreik umgewandelt. Demonstranten errichteten Straßensperren im ganzen Land. Diese Protestphase endete am 19. November, nachdem Nawaz Sharif das Land verließ. Die dritte Phase des Protestes soll sich auf die Distriktebene fokussieren.

Kartarpur-Korridor

Zu Ehren des 550. Geburtstages von Baba Guru Nanak Dev am 12. November besuchten bereits Anfang November 1100 Sikh-Pilger aus Indien den Gurdwara Punja Sahib in Hassanabdal. Höhepunkt der Pilgerreise ist der Besuch des Gurdwara Darbar Sahib in Kartarpur, der dank eines speziellen Korridors zukünftig von indischen Sikhs auch ohne Visum besucht werden kann. Anstelle eines Visums genügt die Zahlung einer Servicegebühr von 20 US-Dollar. Kartarpur liegt gerade vier Kilometer von der indisch-pakistanischen Grenze entfernt. Unter den ersten Pilgern war auch Manmohan Singh, Indiens ehemaliger Premierminister. Der Grenzkorridor wurde am 9. November von Premier Imran Khan feierlich eröffnet.

Nawaz Sharif ausgeflogen

Wochenlang diskutierte das Land mögliche Auflagen und Konsequenzen eines Auslandsaufenthalts des inhaftierten früheren Premierministers Nawaz Sharif zum Zwecke einer ärztlichen Behandlung nach einer Angina Ende Oktober. Die Angelegenheit ist juristisch kompliziert, da seit seiner Verurteilung ein Ausreiseverbot verhängt ist. Gegen die Zahlung einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 7,5 Milliarden Rupien (etwa 45 Millionen Euro) wurde Nawaz Sharif eine einmalige Reiseerlaubnis für vier Wochen gewährt. Am 19. November verließ Nawaz Sharif Pakistan, um sich nach Untersuchungen in London und Boston medizinisch be-

handeln zu lassen. Einerseits hieß es, er sei zu schwach, um zu reisen, andererseits bestünden in Pakistan keine weiteren Therapiemöglichkeiten mehr. PML-N-Anhänger warfen der Regierung vor, den ehemaligen Premier im Gefängnis mit minderwertigen medizinischen Behandlungen ermorden zu wollen; Kritiker der Entscheidung monieren, es bestünde ein mehrklassiges medizinisches System in Pakistan, und das Land sollte nationale Therapiemöglichkeiten für alle Bürger ausbauen.

Internetüberwachung *Reloaded*

Eine Ausschreibung der pakistanischen Telekommunikationsbehörde für die Installation eines nationalen Internet-Überwachungssystems (WMS - *web monitoring system*) gewann die kontroverse kanadische Firma Sandvine mit einem ersten Angebot von 18,5 Millionen US-Dollar. Sandvine liefert Pakistan nun die Technologien, um sämtlichen ein- und ausgehenden digitalen Datenverkehr zu überwachen und zu analysieren. Der Schwerpunkt der neuen Technik liegt im grauen Datenverkehr, vor allem Internettelefonie sowie mutmaßlich „sichere“ VPNs (Virtuelle Private Netzwerke), mit denen sich nationale Blockierungen umgehen lassen. Die konkrete Auswertung übernimmt der pakistanische Projektpartner *Inbox Business Technologies*. Interessant ist Sandvines Sinneswandel: Eine frühere Ausschreibung zur Internetüberwachung im Jahr 2012 hatte Sandvine mit dem Hinweis auf damit verbundene Menschenrechtsverletzungen boykottiert. Sandvine beliefert Pakistan mindestens seit 2016. Sandvine geriet international in die Kritik, nachdem bekannt wurde, dass die Firma Regierungsbehörden in der Türkei, in Syrien und Ägypten mit DPI-Daten (*Deep Packet Inspection*) zu Dissidenten versorgte, die sie aus der Auswertung von Spionagesoftware gewann, die mit zahlreichen legalen Programmen verbunden im Internet kursierten. Die pakistanische Telekommunikationsbehörde behauptet, dass grauer Datenverkehr kriminell sei [sic!] und die Überwachung des digitalen Datenverkehrs mit den Gesetzen des Landes konform gehe. Die aktuelle pakistanische Gesetzgebung (*Prevention of Electronic Crimes Act 2016*) verbietet jegliche potenziell blasphemische, sittenwidrige, unmoralische oder antistaatliche Inhalte im digitalen Raum.

Finanzielle Strukturreformen

Der Internationale Währungsfonds mahnte Ende Oktober strukturelle Reformen in Pakistan an, um die Kreditwürdigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft des Landes zu erhöhen. Reformen im Energiesektor, vor allem Investitionen in Solar- und Windenergieinfrastruktur, wurden ebenso erwähnt wie eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Zentralregierung und Provinzregierungen.

Mitte Oktober bereits erhielt die Abteilung Einnahmen des Finanzministeriums Datensätze zu über 3600 Pakistanern mit Landbesitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Pakistan erhofft sich durch die verbesserte Zusammenarbeit mit den Behörden in den Vereinigten Arabischen Emiraten Fortschritte im Kampf gegen Steuerflucht und Geldwäsche.

Pakistan sucht ABC-Waffen

Die Bundesregierung teilte in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion Anfang November mit, dass es in den letzten Jahren einen starken Anstieg von illegalen Beschaffungsaktivitäten im ABC-Sektor von Seiten Pakistans in Deutschland gab. Seit 2016 versucht Pakistan verstärkt, verbotene atomare, biologische und chemische Waffentechnologien in der Bundesrepublik zu erwerben. Pakistan ist einer der wichtigsten Empfänger von deutschen Rüstungsgütern unter den Entwicklungsländern. Die verstärkten illegalen Bemühungen Pakistans auf dem deutschen Markt könnten auch mit den guten Beziehungen des Landes in die Golfregion zu tun haben.

Himalaja-Salz

Das rosafarbene Himalaja-Salz gehört zu den teuersten Salzen der Welt. Vermarktet wird es meist als Yoga-affines Produkt „*made in India*“, obwohl es überwiegend vom Pothohar-Plateau am Fuß des Himalaja im Nordwesten Pakistans kommt. Der Großteil wird nach Indien exportiert, dort weiterverarbeitet und als indisches Produkt dem Weltmarkt zugeführt. Pakistanische Nationalisten fordern nun, den Salzausverkauf an Indien zu beenden und das Himalaja-Salz stolz als pakistanisches Produkt weltweit zu vermarkten, damit der Gewinn nicht an das verfeindete Nachbarland geht.